

Landesregierung

Sozialminister in Not

VON HENDRIK KRANERT-RYDZY, 18.01.12, 20:19h, aktualisiert 18.01.12, 22:18h

Magdeburg/MZ. Norbert Bischoff sieht schlecht aus in diesen Tagen. Sachsen-Anhalts Sozialminister, gerade 61 Jahre geworden, hat viel von seinem jugendhaften Charme verloren. Bischoffs freundliches Gesicht durchziehen tiefe Falten, der SPD-Politiker wirkt oft melancholisch und entrückt. Er selbst macht aus seiner Verfassung gar kein Hehl: "Ich stehe gewaltig unter Druck", hat er dieser Tage erst gesagt.

Grund für den Gram des einstigen Theologen und Bergmannssohns aus Helbra ist ausgerechnet ein Herzensthema des Sozialpolitikers: die Kinderförderung. Bischoff soll, so der im Koalitionsvertrag manifestierte Wille von CDU und SPD, ein neues Gesetz dazu vorlegen. Der Kern dabei ist die Rückkehr zum Ganztagsanspruch für alle Kinder unabhängig davon, ob deren Eltern beide berufstätig oder arbeitslos sind. 2003 war diese sachsen-anhaltische Errungenschaft von der CDU / FDP-Koalition mit den Stimmen der damals oppositionellen SPD abgeschafft worden; ein Volksentscheid, der dies wieder rückgängig machen sollte, scheiterte 2005. Nun soll ab 2013 laut Koalitionsvertrag die Rückkehr per Gesetz erfolgen. Doch Bischoff laufen nicht nur die Kosten aus dem Ruder. Sondern auch die eigene Partei. 56 Millionen Euro braucht der Sozialminister im Jahr 2017 für die Finanzierung des Ganztagsanspruchs für alle Kinder. Maximal 30 Millionen Euro wollen ihm jedoch die CDU und der Finanzminister Jens Bullerjahn (SPD) zubilligen. Bischoff dreht und wendet sich seit Wochen, kommt dieser Zahl aber nicht einmal ansatzweise nahe. Am Freitag vergangener Woche hatte Bischoff noch einmal lange mit Bullerjahn telefoniert. Doch der bleibt hart. "Man versagt ihm die Unterstützung an höchster Stelle", verlautet es aus dem Umfeld des Ministers.

Nicht viel besser verliefen bisher die Treffen mit Parteifreund und Kultusminister Stephan Dorgerloh. Bischoff möchte Dorgerloh gern die Frühhort-Betreuung aufbürden, was die Ganztags-Kosten um gut elf Millionen Euro drücken würde. Doch Dorgerloh hat dem Vernehmen nach bislang immer abgelehnt. Verständlich: Dessen Haushalt bietet ebenfalls keine Spielräume. Sowohl Dorgerloh als auch Bullerjahn wissen mit ihrer Haltung große Teile der eigenen Fraktion hinter sich. Dort wächst quasi stündlich die Kritik am eigenen Minister, der erst vor gut zwei Jahren - zunächst als Übergangslösung - für die politisch schwächelnde Hallenserin Gerlinde Kuppe ins Amt kam. Denn Bischoff steht inzwischen unter dem Verdacht, das Prestigeprojekte der SPD gegen die Wand zu fahren. Bischoff, so der Vorwurf aus den eigenen Reihen, habe das gleiche Problem wie Kuppe - er bekomme sein Haus nicht in den Griff: "Da rechnen heute noch die gleichen Leute an der Kinderbetreuung herum."

Jetzt will er den einzig qualitativen Fortschritt seines Gesetzentwurfs, eine geringfügige Ausweitung der Betreuungsstunden für Erzieherinnen, aus Kostengründen kippen (die MZ berichtete). Was nicht nur die Opposition, sondern auch die eigene Partei empört. "Qualitative Abstriche gibt es nicht", wird Fraktions- und Parteichefin Katrin Budde zitiert. Stattdessen scheint jetzt auch die SPD bereit, lieber in kleinen Schritten zur Ganztagsbetreuung für alle Kinder zurückzukehren, um die Kosten zu drücken und die Qualität der Betreuung mindestens aufrecht zu erhalten. Damit ist Bischoff mit seinem Gesetzentwurf faktisch schon gescheitert, bevor den die Sozialpolitiker der Koalition überhaupt zu Ende diskutiert haben. Schlimmer noch: Die SPD-Fraktion will nun einen eigenen Entwurf vorlegen.

Selbst wenn die Gesetzesnovelle am Ende offiziell den Aufdruck "Sozialministerium" trägt - Bischoff wäre mit einem solchen Vorgehen beschädigt. Budde könnte das gar nicht so ungelegen kommen: Der umtriebigen Magdeburgerin werden seit langem Ambitionen auf die Spitzenkandidatur zur Landtagswahl im Jahr 2016 nachgesagt. Genügend Machtwillen hat Budde, was ihr noch fehlt, wäre ein besserer Startplatz. Budde soll daher mit einem Ministeramt noch in dieser Wahlperiode liebäugeln. 2013 - im Umfeld der Bundestagswahl, wäre ein idealer Zeitpunkt für einen Wechsel von der Parlaments- auf die Regierungsbank. Eine Kabinettsumbildung sei daher ihr Ziel, heißt es.

Direkter Link zum Artikel: '<http://www.mz-web.de/artikel?id=1326700673182>'
